DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Mai 05/1999

Mahnmal für Zwangsarbeiter in Gröpelingen

Auf dem Gelände des ehemaligen Lagers Tirpitz am Schwarzen Weg wird am 6. Mai 1999 ein von Doris Lenkeit und Elke Hemmer (Stahlwerke Bremen) gestaltetes Mahnmal enthüllt. Stellvertretend für das Schicksal von mindestens 5.000 Zwangsarbeitern in Gröpelingen erinnert es an den aus Leeuwarden stammenden Homme Hoekstra. Mit 31 Jahren wurde er zur Zwangsarbeit bei der Deschimag/AG Weser verpflichtet. Seinen Arbeitskollegen gegenüber hatte der Arbeitersportler nie einen Hehl daraus gemacht, nicht daran zu glauben, daß Deutschland den Krieg gewinnen werde. Das kostete ihn den Kopf.

Von nationalsozialistisch eingestellten Kollegen bei der Gestapo denunziert, wurde er 1944 verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet. Raimund Gaebelein gelang es, die Prozeß- und Vollzugsakten aufzufinden und der Familie Hoekstra Einzelheiten über Verurteilung und Tod zugänglich zu machen.

Der Gröpelinger Beirat ermöglichte die Errichtung des Mahnmals und die Benennung des Zugangsweges. Auf Einladung des Bremer Senats werden sich beide Töchter mit Familie vom 4. bis 7. Mai in Bremen aufhalten. Cees Ruyter (Rotterdam) schildert am Vorabend der Enthüllung des Mahnmals seine Erfahrungen und Eindrücke vom Aufenthalt als Zwangsarbeiter im Lager Tirpitz und die Arbeitsbedingungen auf der AG Weser von 1943 bis 1945. Eine Abordnung der Gemeinde Leeuwarden und ehemalige niederländische Borgward-Zwangsarbeiter haben ihre Teilnahme bei der Enthüllung des Mahnmals am 6. Mai angekündigt.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten hat ein Besuchsprogramm erstellt, Interessierte sind zur Teilnahme herzlich eingeladen. Für Auskünfte und Einzelheiten steht Raimund Gaebelein unter 616 3215 zur Verfügung (bis 30.4. tagsüber unter 4580561).

Dienstag, 4. Mai
15.00 Uhr Empfang im Landesbüro der VVN/BdA, Bürgermeister-Deichmann-Straße 26
17.00 Uhr Schweigegang zum Ehrenmal für niederländische Kriegstote auf dem Osterholzer Friedhof.



Die Tirpitzkaserne in den 30er Jahren. In diesem Innenhof wird das Homme-Hoekstra-Denkmal am 06. Mai enthüllt.

Mittwoch, 5. Mai
10.00 Uhr ab Domtreppen Stadtrundgang mit Willy Hundertmark
15.00 Uhr Schweigegang zum Mahnmal am Bunker Valentin in Farge
19.30 Uhr Vortrag von Cees Ruyter (Rotterdam) im ehemaligen Lager Tirpitz am Schwarzen Weg 90/Block 1
über das Lager Tirpitz und Zwangsarbeit auf der AG Weser 1943/45,

Donnerstag, 6. Mai
10.30 Uhr Enthüllung des Mahnmals für Homme Hoekstra - es sprechen:
Uwe Beckmeyer (Senator für Arbeit)
Dr. Hermann Kuhn (Vizepräsident der Bürgerschaft)
Hylke Boerstra (niederländischer Konsul)
Raimund Gaebelein (Landesvorsitzender der VVN/BdA)
Bernd Peters (Leiter des Ortsamts West)
Uwe Schmidt (Arbeitsdirektor Stahlwerke Bremen). Im Anschluß ist geplant, den täglichen Gang vom Lager Tirpitz zur AG Weser über Schwarzen Weg, Straßenbahndepot, längs der Straßenbahnlinie 3 über Kap-Hoorn-Straße und Schiffbauerweg zum ehemaligen Arbeiteramt der Werft nachzugehen. Nachmittags Fahrt nach Worpswede.

Freitag, 7. Mai
Vormittags Fahrt nach Bremerhaven.

Zur Demo am 1. Mai

Breiten Widerstand erfuhr die NPD für ihren geplanten Aufmarsch zum 1. Mai im Bremer Osten. Zeilreiche Bürgerinnen und Bürger und gesellschaftliche Gruppen forderten, initiiert durch eine Briefaktion der VVN-BdA, vom Innensenator Borttscheller ein Verbot. Zum Bedauern der VVN-BdA einigten sich die NPD-Gegner, obwohl in der Sache einig, nicht auf ein gemeinsames Auftreten gegen die neofaschistische Provokation. Auf unserer Mitgliederversammlung am 12. April haben wir mehrheitlich beschlossen, zur Teilnahme an der Demonstration im Bremer Osten aufzurufen. Das Bündnis "Kein Naziaufmarsch in Bremen" hat eine Demonstration angemeldet mit dem Treffpunkt: **9 Uhr, ZKH Bremen-Ost, Züricher Str.** Mercedes-Kollegen haben eine Kundgebung vor ihrem Betrieb angemeldet, an dem Ort, an dem die Faschisten aufmarschieren wollen. Treffpunkt: **10 Uhr, Tor 7 des Mercedes-Werk, Hermann-Koenen-Straße**. In der Innenstadt findet leider trotzdem eine eigene Demonstration und Kundgebung des DGB statt. Betont soll an dieser Stelle sein, daß die VVN-BdA nicht zwischen "guten" und "bösen" Antifaschistinnen unterscheidet. Über den aktuellen Stand kann man sich über das Internet unter: **www.vvnbda.de/bremen** oder **www.nadir.org/nullnazis** sowie über das Infotelefon des Bündnisses (**0421/75682**), bzw. über unser Büro informieren.

Erleichterte Einbürgerung

Um die doppelte Staatsbürgerschaft ging es am 18. März im Gemeindehaus der Gröpelinger Kirche in der Seewenjestraße. Das Gröpelinger Bündnis gegen rechts versuchte unter der Moderation von Pastor Peter Bick, Fragen der Einbürgerung aus der Sicht von Betroffenen einer breiteren Öffentlichkeit darzulegen.

Mit dem Weg in die Zivilgesellschaft, heraus aus dem völkischen Mythos eines Blut-und-Boden-Denkens seit der Kaiserzeit tun sich derzeit viele Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil Gröpelingen schwer. Wasser auf die Mühlen der Kritiker bot die Art des Vorgehens von Bundesinnenminister Otto Schily in der Frage einer erleichterten Einbürgerung für Menschen, die mehrheitlich hier geboren sind oder zu zwei Dritteln 20-30 Jahre schon ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik haben.

Das rasche Vorpreschen, wenig und zu spät begonnene Aufklärung der breiten Öffentlichkeit über die Lebenssituation der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger ohne deutschen Paß, all das erleichterte der CDU/CSU eine populistische Kampagne gegen den sogenannten Doppelpaß, eine Unterschriftenkampagne, die breite Kreise rechts fühlender und denkender Menschen der sogenannten schweigenden Mehrheit zum Kulturkampf gegen alles "Fremde", "Andersartige" aufrufen sollte. Die Unterstützung seitens offen faschistischer Kräfte wurde dabei nur zu willig in Kauf genommen. Eike Hemmer, Betriebsrat bei den Stahlwerken, berichtete von tiefgreifenden Ressentiments gegen "die Ausländer", die er auf einer CDU-Mitgliederversammlung erlebte.

Die Bremer Ausländerbeauftragte Dr. Dagmar Lill erläuterte die Eckpunkte für eine raschere Einbürgerung von Menschen, die hier geboren sind oder schon lange ihren staatsbürgerlichen Pflichten nachkommen, ohne ihre Rechte in gleichem Maße in Anspruch nehmen zu dürfen. Nur in Ausnahmefällen werde eine doppelte Staatsbürgerschaft hingenommen, wenn z.B. trotz intensiver Bemühungen nach 2 Jahren eine Entlassung aus der alten Staatsbürgerschaft nicht zu erreichen sei.

Der überarbeitete Entwurf von Otto Schily sei zumindest ein Einstieg in das Territorialprinzip, nach dem Staatsbürger ist, wer hier geboren wurde. Mit Erreichen des 18. Lebensjahres werde jede/r Betroffene angeschrieben, sich bis zum 23. Geburtstag zu entscheiden, ob sie/er die deutsche Staatsbürgerschaft behalten wolle und im Gegenzug seine elterliche aufgebe. Erwartet werden eine schriftliche Erklärung und aktive Bemühungen zur Entlassung aus der anderen Staatsbürgerschaft.

Gegen dieses ursprünglich von der rheinland-pfälzischen FDP entworfene Optionsmodell will die CDU/CSU Verfassungsklage erheben, wohl ein Hauptgrund für die Fortführung der rassistischen Unterschriftenkampagne. Einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung erhalten dem Entwurf zufolge auch alle die, die sich acht Jahre legal hier aufhalten. Bisher war eine Einbürgerung erst nach 15 Jahren rechtmäßigen Aufenthalts möglich. Ein Bezug von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe soll die Einbürgerung nicht mehr verhindern können. Die Mindestanforderung ist der Besitz einer gültigen Aufenthaltsbefugnis. Dies betrifft vor allem auch die anerkannten Flüchtlinge.

Ängste, der deutsche Paß führe zum Familiennachzug in großem Stil, wußten Beteiligte an der Diskussion zu entkräften. Das sei nicht anders als bei anderen Deutschen auch. Für den deutschen Paß habe er sich entschieden, so Celal Ugurlu, Betriebsrat bei den Stahlwerken, weil er hier lebe, arbeite und bleibe. Einen zweiten Paß habe er nicht gewollt, so der Dolmetscher Ercan Arslan, aber weil er nicht den Militärdienst in der Türkei abgeleistet habe, sei seine Ausbürgerung abgelehnt worden.
Nach dem Tod von Großvater und Tante habe er keinerlei Bindungen mehr an die Türkei. Die Einbürgerung, der deutsche Paß aber öffnen nur begrenzt den Weg in ein gutnachbarschaftliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Alleine das Aussehen, die Haarfarbe und Haut bieten hinreichend Vorwände zum Ausschluß von elementaren Rechten. Aus Angst vor fremdländischen Aussehen habe er Schwierigkeiten gehabt, eine Wohnung zu finden, schilderte Ercan Arslan.

Ein Antidiskriminierungsgesetz, so wurde in der Diskussion klar, ist unumgänglich für den Weg in eine moderne Gesellschaft.

Raimund

Widerstand gegen den Krieg stärken

Daß es innerhalb der SPD neben Säbelgerassel auch noch Stimmen gibt, die der derzeitig verfolgten Eskalationspolitik der Nato ablehnend gegenüberstehen, zeigt u.a der Landesvorstand der Bremer SPD.

Dieser hat am 06.04. einen Antrag für den Bundesparteitag am 12. April entworfen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, auf die Nato mit dem Ziel der unverzüglichen Einstellung der Kampfhandlungen einzuwirken.

Auch das Bundesvorstandsmitglied Hermann Scheer sieht in der Eskalation der Luftangriffe "ausgeweitete Verstöße gegen das Völkerrecht".

Der Bremer Bundestagsabgeordnete Konrad Kunick, der neben acht anderen Fraktionsmitgliedern im Bundestag gegen eine deutsche Beteiligung an Nato-Luftangriffen votierte, äußerte im WK vom 06.04. konkrete Vorstellungen zur Beendigung des völkerrechtswidrigen Nato-Angriffskrieges. Demnach sollen sofortige Verhandlungen über einen Waffenstillstand geführt werden, mit dem Ziel, die Vertreibung zu stoppen, die Vertriebenen zurückzuführen und eine Friedenstruppe im Kosovo einzusetzen.

"Diese Truppe, (...) sollte von der UN oder OSZE entsandt werden - unter Einschluß russischer Soldaten. Denn gerade die geplante Stationierung von Nato-Soldaten im Kosovo habe mit dazu beigetragen, daß die Serben den Vertrag von Rambouillet nicht unterschrieben hatten. Belgrad hätte UN-Soldaten in der Krisenprovinz akzeptiert. Auch das im Vertrag enthaltende Referendum über die Unabhängigkeit des Kosovo sei für Jugoslawien nicht akzeptabel gewesen". (Siehe auch: "Geheime Auszüge aus dem Vertrag von Rambouillet" auf Seite 3)

Während man den Menschen hierzulande permanent durch die täglichen Pressekonferenzen der Nato und des Außen- und Verteidigungsministeriums versucht weiszumachen, daß alle Möglichkeiten der friedlichen Beilegung des Konfliktes ausgelotet wurden, zeigen diese differenzierten Äußerungen Kuniks ein völlig anderes Bild der Lage.

Es drängt sich einem mehr und mehr der Eindruck auf, daß innerhalb des Militärbündnisses vor allem die USA und Großbritannien diesen Krieg forciert haben, um die Stärke desselben zu demonstrieren.

Daß sich der Frieden in Jugoslawien nicht herbeibomben läßt, sollte auch den eifrigsten Kriegsbefürwortern nach dem schon über drei Wochen andauernden Bombardement mittlerweile klargeworden sein.

Es gilt jetzt, den Druck auf die Regierungskoalition zu verschärfen und den Widerstand gegen diesen Krieg, der sich auch innerhalb der Bundestagsfraktionen mehr und mehr zeigt, zu unterstützen und zu bündeln.

Jens

Brief der VVN-BdA an den Bundeskanzler

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
aufgrund fortgesetzter Bombardierungen in Jugoslawien sind wir zutiefst besorgt über die weitere Entwicklung auf dem Balkan, aus der sich ein Krieg von unabsehbarem Ausmaß entfachen könnte. Uns bewegt vor allem die Furcht davor, daß nun wieder Krieg von deutschem Boden ausgeht.

Die VVN-BdA, Landesverband Bremen e.V., fordert daher die Bundesregierung auf, alle Luftangriffe auf Jugoslawien sofort einzustellen und einer Ausweitung kriegerischer Handlungen entgegenzuwirken. Die Bemühungen für Verhandlungen zur Sicherung des Friedens unter Einschluß aller Balkanländer sind wiederaufzunehmen.

Seit Tagen sind Jugoslawiens Hauptstadt Belgrad, aber auch der Kosovo selbst Ziel von NATO-Bombenangriffen, nun auch tagsüber. Tornados der Bundeswehr sind von Anfang an an den Angriffsflügen beteiligt, "zur Abwehr einer humanitären Katastrophe", wie es im Beschluß des Bundestages vom Oktober 1998 bezeichnet wird.

Der NATO-Einsatzbefehl ist am UN-Sicherheitsrat vorbei ergangen, was einen glatten Bruch des Völkerrechts darstellt. Dieses sieht nur zwei Ausnahmen für ein absolutes Gewaltverbot: die Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff, auch gegen Verbündete oder hilfesuchende Dritte, oder einen bewaffneten Konflikt mit Ermächtigung des Sicherheitsrates. Beides ist nicht gegeben. Darüber hinaus wurde gegen Artikel 26 des Grundgesetzes (Verbot eines Angriffskrieges) und gegen § 2 des Wiedervereinigungsvertrages von 1990 (absolute Beachtung der Verfassung und der UN-Charta) eklatant verstoßen. Führende Völkerrechtler und Friedensforscher äußern Bedenken gegen einen Kriegseinsatz der NATO gegen einen souveränen Staat. Die Schwelle zur Anwendung bewaffneter Gewalt werde damit gesenkt. Auch führenden Politiker kommen inzwischen Bedenken, ob sie die Bundesrepublik nicht in ein unübersehbares Abenteuer stürzen: der ehemalige Bundesverteidigungsminister Rühe äußerte, das Risiko für die deutschen "Schutztruppen", Opfer von Vergeltungsschlägen zu werden, sei seit dem Abzug der OSZE-Beobachter sehr hoch. Rühes Nachfolger Scharping begnügte sich mit dem Versprechen, den Bundeswehrsoldaten an der Grenze Makedoniens einen besseren Schutz zu gewähren. Er mußte eingestehen, daß "die Schlagkraft der serbischen Armee ... allenfalls verringert" sei. Nur wenige Abgeordnete des Bundestages, darunter die gesamte PDS-Fraktion, sieben Abgeordnete der SPD, darunter Konrad Kunick, sechs Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, unter ihnen Christian Ströbele, sowie Willi Wimmer (CDU), haben sich vehement gegen die Fortsetzung der NATO-Bombenangriffe ausgesprochen, da sie eine politische Lösung im Kosovo-Konflikt ungeheuer erschwerten. Sie fragen zu Recht, mit welchem Konzept die NATO in den Krieg zieht. Wie kann eine Unterschrift unter ein Abkommen herbeigebombt werden? Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und den NATO-Staaten erleichtert den Weg zum Frieden nicht. Wie will die NATO einen Frieden in Jugoslawien schaffen? Noch lehnt sie den Einsatz von Bodentruppen ab, da er zu hohe Verluste nach sich ziehe. Noch halten 57 % der Deutschen den Angriff auf militärische Ziele in Jugoslawien für gerechtfertigt, befürworten 62 % den Einsatz der Bundeswehr. Was aber, wenn die ersten Kriegstoten nach Deutschland zurückkehren?



Die NATO-Bombenangriffe bringen das Gleichgewicht auf dem Balkan in Gefahr. Makedonien steht vor einer Zerreißprobe mit einem Bevölkerungsanteil von schon jetzt fast 40 % Albanern und einem wachsenden Flüchtlingsanteil. Albanische Chauvinisten haben die Loslösung des Kosovo aus Jugoslawien mit terroristischen Mitteln betrieben. Ihre Unterschrift unter ein NATO-Diktat erfolgte erst nach mehrfachen Anläufen und unter dem Versprechen einer weitgehenden Selbständigkeit unter dem Schutz der NATO.

Der Unterschied zum Nichteingreifen der NATO in den Konflikt in Kurdistan liegt auf der Hand: Die Türkei ist bereits in der NATO, Jugoslawien nicht. Mit dem Bombardement auf Belgrad wird eine der letzten bleibenden Gemeinsamkeiten der Anti-Hitler-Koalition zerbrechen, die Vereinten Nationen.

R. Gaebelein, Landesvorsitzender

Geheime Auszüge aus dem Abkommen von Rambouillet

Artikel 6

a) Die Nato genießt Immunität vor allen rechtlichen Verfahren - ob zivil-, verwaltungs- oder strafrechtlich.

b) Die zur Nato gehörenden Personen genießen unter allen Umständen und zu jeder Zeit Immunität vor der Gerichtsbarkeit der Konfliktparteien hinsichtlich sämtlicher zivil-, verwaltungs-, straf- und disziplinarrechtlicher Vergehen, die sie möglicherweise in der Bundesrepublik Jugoslawien begehen.

Die Konfliktparteien sollen die an der Nato-Operation beteiligten Staaten dabei unterstützen, ihre Jurisdiktion über ihre eigenen Staatsangehörigen auszuüben (...)

Artikel 8

Das Nato-Personal soll sich mitsamt seiner Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge, und Ausrüstung innerhalb der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien inklusive ihres Luftraumes und ihrer Territorialgewässer frei und ungehindert sowie ohne Zugangsbeschränkungen bewegen können. Das schließt ein - ist aber nicht begrenzt auf - das Recht zur Errichtung von Lagern, die Durchführung von Manövern und das Recht auf die Nutzung sämtlicher Regionen oder Einrichtungen, die benötigt werden für Nachschub, Training und Feldoperationen (...)

Artikel 10

Die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien sollen den Transport von Personal, Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen, Ausrüstung oder Nachschub der Nato durch den Luftraum, Häfen, Straßen oder Flughäfen mit allen angemessenen Mitteln und Priorität ermöglichen.
Der Nato dürfen keine Kosten berechnet werden für die Starts, Landungen oder Luftraum-Navigation von Flugzeugen.
Ebenso dürfen keine Zölle, Gebühren oder andere Kosten erhoben werden für die Nutzung von Häfen durch Schiffe der Nato.
Fahrzeuge, Schiffe oder Flugzeuge, die bei der Nato-Operation eingesetzt werden, unterliegen keiner Verpflichtung zur Genehmigung, Registrierung oder kommerziellen Versicherung.

Schröder mit Rot-Grün auf der Spur des Kaisers?

Wer sich einigermaßen in Geschichte und Politik auskennt, dürfte wissen, der größte Massenmord der Geschichte geschah in deutschem Namen. Vorbereitet wurde er im Schatten der Rüstungsindustrie und des Großkapitals. Hingenommen auch von einem großen Teil der Bevölkerung. Hitler, der ein großer Verführer war, hatte sie irregeführt. Die Zahl derer, die den Mut zum Widerstand hatten, war zu schwach. Dieses Wissen hat großen Nachholbedarf. Das betrifft besonders die jüngeren Generationen. Sie brauchen eine vorurteilsfreie, sachgerechte Information. Und woher bekommen sie die?

Unbewältigte Vergangenheit heißt auch unbewältigte Schuld. Das trifft besonders die Alt-BRD-Obrigkeiten, mit wenigen Ausnahmen natürlich. Bundespräsident Herzog stellt in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung Ende November 1994 richtig fest: "... was in der Vergangenheit Deutschlands geschehen sei, dürfe nicht verschwiegen werden oder in Vergessenheit geraten". Leider waren das für westlich orientierte Bonner Politiker unangenehme Wahrheiten. Zu den wenigen Ausnahmen zählt Gustav Heinemann und jüngst Oscar Lafontaine. Von den beiden kann angenommen werden, daß sie einen Rückblick in die Geschichte, besonders ihrer eigenen Partei, wagten und daraus Lehren zogen.

Sehr wahrscheinlich stießen sie dabei auf Äußerungen des Kaisers, der mit Blick auf die erfolgreiche Politik der SPD erklärte: "Gegen Demokraten helfen nur Soldaten". Kaiser "Wilhelm der Letzte" hatte im Ersten Weltkrieg den Soldaten befohlen: " Jeder Schuß ein Ruß, jeder Stoß ein Franzos, jeder Tritt ein Britt, und Serbien muß sterbien". Genau dahin, auf den Balkan, haben Kanzler Schröder, die Minister Scharping und Fischer, wieder deutsche Soldaten entsandt. Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert sind deutsche Soldaten an einem Krieg gegen Serbien beteiligt. Und das auch noch ohne UNO-Mandat und gegen das Grundgesetz verstoßend.

Stellt sich da nicht die Frage, wie ernst diese Helfershelfer des Weltpolizisten USA und der deutschen Rüstungsindustrie noch ihren eigenen Parteinamen nehmen? Müssen sie sich nicht schämen, wenn selbst die "Bremer Nachrichten" vom 18.12.98 feststellen: " Ein Trauerfall der Weltpolitik ... Rechtfertigung für Militäraktion ist fadenscheinig ... Trotz jahrelanger Suche nach verbotenen Waffen können die US-Geheimdienstler und UNO-Kontrolleure keinen einzigen Beweis für das Vorhandensein solcher Waffen ... im Irak präsentieren ... Der Wahrheit wohl viel näher kommt die Vermutung, daß ... was die US-Politik in der mehr als 200jährigen Geschichte schon so oft veranstaltete ... der Welt zu demonstrieren, daß die Amerikaner, wie stets, die Größten sind. Vor 1914 räuberten sich die Amerikaner ihre Union zusammen und setzten vor dem Ersten Weltkrieg und bis zum Zweiten Weltkrieg im mittelamerikanischen "Vorgarten" brachial ihre vorrangig wirtschaftlichen Interessen durch. Nach 1945 hantierten die USA unter dem Vorwand Demokratisierung, Friedenssicherung und Kampf gegen den Weltkommunismus mit dem großen Knüppel...". Soweit das Zitat.

Was hat sich denn da von Vietnam aus über Somalia, Golfkrieg und Irak bis gegenwärtig auf dem Balkan an dem Weltpolizisten USA geändert? Sind die Rot/Grünen-Oberen in Bonn blind? Mit dieser Frage soll keineswegs das Vorgehen des Präsidenten Milosevic gerechtfertigt werden. Wer aber, wie jetzt im Krieg auf dem Balkan, Tabakfabriken etc. als militärische Objekte bombadiert, darf sich nicht wundern, daß das die Person Milosevic nur noch stärkt.

Zeitzeugen der Bombennächte im Zweiten Weltkrieg, ob in Berlin, Hamburg, Bremen, München, Köln usw. sowie in den Städten Warschau, Paris, London usw., die von deutschen Bomben getroffen wurden, werden sich noch erinnern, wie die Stimmung da war. Ganz zu schweigen von dem Abwurf der ersten Atombomben auf die japanischen Städte Hiroschima und Nagasaki durch die USA. Von zwei Bomben wurden rund 300.000 Menschen getötet. Dazu die vielen Tausend mit Verstrahlungsschäden.

Können, wollen oder dürfen sich die gegenwärtig in Bonn verantwortlichen Politiker nicht an diese Entwicklung erinnern? Am Ende des zweiten Weltkrieges nahmen sich die Hauptverantwortlichen, Hitler, Göbbels u.a. mehr, selbst das Leben. Bei klarem, nüchternem und vernünftigem Nachdenken über die Frage, was die beiden Kriege an finanziellen Mitteln gekostet haben und zwar einschließlich ihrer Vorbereitung, Durchführung und dem dann folgenden Wiederaufbau der Zerstörung, kann es nur eine Antwort geben: Man hätte mit diesen Mitteln in der ganzen Welt Not, Elend und Hunger, was eigentlich die wahren Ursachen für Kriege sind, beseitigen können.

Darüber sollten jene, die Truppen in den Krieg schicken, sich mal Gedanken machen. Für die Rot/Grüne Koalition hieße das, runter von der "Kaiser-Schiene", die zweimal in diesem Jahrhundert nicht Frieden in der Welt stiftete, sondern größere Not, wachsende Arbeitslosigkeit, mit den entsprechenden Folgen.

Auflösung der Nato und Einleitung der Abrüstung in allen Streitkräften der Welt ist gefordert. Das war 1918 Aufgabe des damals geschaffenen Völkerbundes und 1945 Aufgabe, bzw. Auftrag an die UNO. Noch ist es Zeit! Wenn die Entwicklung, so wie sie z.Z. auf dem Balkan herrscht, anhält, könnte noch vor Ende dieses Jahrhunderts ein Dritter Weltkrieg entstehen. Vernunft ist gefragt. Keine weiteren Rüstungsgüter produzieren, sondern Bedarfsgüter. Das ist meine Meinung.

Alois



Teil II der Broschüren-Reihe über Neofaschismus in der BRD ist jetzt fertiggestellt und über unser Büro für 4,- erhältlich.

Natoangriff ist Völkerrechts- und Verfassungsbruch

Das Völkerrecht erlaubt nur zwei Ausnahmen vom absoluten Gewaltverbot: die Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff, auch gegen Verbündete oder hilfesuchende Dritte, oder einen Angriff mit Ermächtigung des UNO-Sicherheitsrates. Beides ist nicht gegeben. Nach Art. 25 des Grundgesetzes sind "die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts", das zusätzlich in Art. 26 im Grundgesetz festschreibt:

"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen".

Unter Bruch des Völkerrechts und deutscher Verfassung führen die Nato-Staaten einen Angriffskrieg gegen den souveränen europäischen Staat Jugoslawien.

Und jetzt fallen Bomben und Raketen sogar auf das Kosovo, also gerade auf das Land, in dem die Nato Menschenrechte durchsetzen will. Zum Morden der Serben an Albanern und dem der UCK an Serben kommt jetzt noch das Morden aus der Luft. Leider hat sich nur eine Minderheit im Bundestag für Völkerrecht und Verfassung entschieden. Zu danken ist der PDS, deren Sprecher Gysi ein leidenschaftliches Plädoyer dafür hielt und die geschlossen gegen Verfassungs- und Völkerrechtsbruch stimmte.

Zu danken haben wir auch einigen Abgeordneten der SPD, vom Bündnis 90/Die Grünen sowie dem Bremer Konrad Kunick, dem Weyher Detlev von Larcher und dem Kölner Konrad Gilges.

Ernst Busche

Erneut Staatszuschüsse für Rechtsradikale gestoppt

Nach einem Bericht der Panorama-Sendung vom 04.02.1999 über die Nähe der "Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V." (GFW) zur rechtsradikalen Szene, hat die rot-grüne Bundesregierung bis auf weiteres die Zuschüsse eingefroren. Der Regierungssprecher Heye meint:
"Es kann nicht angehen, und es wird nicht angehen, daß mit Steuergeldern rechtsradikale Agitation finanziert oder ermöglicht wird."
Die GFW, die bei der Kohlregierung noch als "seriös" galt, hat jahrelang Referenten wie Hans Ulrich Kopp oder Brigadegeneral a.D. Franz Uhle-Wettler beschäftigt. Wettler ist ein Förderer des Auschwitz-Leugners David Irwing. Laut Dr. Fritz A. Baumann, Direktor des Verfassungsschutzes in NRW, ist es die Aufgabe des Vereins, breite Bevölkerungsschichten für die Ideologien des Neofaschismus zu gewinnen. Allerdings sitzen im Kuratorium namhafte Politiker wie der Generalinspekteur der Bundeswehr, Hartmut Bagger, oder Walter Kolbow (SPD), Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Präsident der Steinzeitideologen ist der CDU-Abgeordnete im Bundestag, Klaus-Dieter Uelhoff.
Es sollten in diesem Jahr wieder 400.000 DM an den dubiosen Verein gezahlt werden. 200.000 DM sollen bereits gezahlt worden sein.

Gerold



Unser Innenminister in einem schlechten Traum.

Sinn für Nazis?

Der Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) redet gern und viel. So ist er in seiner friesischen Heimatgemeinde Varel als begnadeter Grabredner bekannt. Bei seinen Auftritten in Conneforde, dem ludendorffschen Knochenlager ausgedienter Nazis, hielt er schon so manche Grabrede. Chef der Scharrstelle ist NPD-Mitbegünder Alfred Ernst Manke, aus Bassum. Funke reagiert reichlich nervös, wenn er auf seine ca. 20 Lobreden in Conneforde angesprochen wird: "Mir ist egal, ob ich Massenmörder, Kommunisten oder Nazis beerdigte."

Wie kann es einem demokratischen Politiker egal sein, ob er Nazis nette Wort ins Grab legt? Er wertet den braunen Mief mit seiner Anwesenheit auf. Wenn Funke sagt: "Ich lasse mich von niemanden in die rechte Ecke stellen", hat er wohl nicht erkannt, daß er sich durch derlei Aktionen selber in die rechte Ecke stellt.

Gerold (AG Neofaschismus)

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die "Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" und für den "Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit" wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name ____________________

Vorname ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Telefon ____________________

Geb.-Datum ____________________

Beruf ____________________

Bremen, den ____________________

Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Entschließung der 3 Betriebsversammlungen der DaimlerChrysler AG, Werk Bremen

Wir, die Belegschaft der DaimlerChrysler AG, Werk Bremen, verwahrt sich mit Nachdruck gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 1999 vor den Toren dieses Werkes. Wir verwahren uns insbesondere auch gegen den Versuch, die Kolleginnen und Kollegen in "Ausländer" und "Deutsche" zu spalten.

Wir, die Arbeitnehmer dieses Werkes, haben in der Vergangenheit oft genug bewiesen, daß wir - ungeachtet der Nationalität, der Herkunft oder der Hautfarbe - es nicht nur verstehen, gemeinsam zu arbeiten, sondern auch unsere Interessen durchzusetzen, so ist z. B. die Lohnfortzahlung 1996 von uns erstritten worden, von deren Streichung wir alle betroffen waren.

Deswegen werden wir gemeinsam am 1. Mai dieser geplanten Provokation entgegentreten. Gleichzeitig fordern wir den Innensenator dazu mit aller Dringlichkeit auf, diesen Aufmarsch ohne Wenn und Aber zu verbieten.

Bremen, 16. März 1999

Noch mehr Glatzenmusik

Betont politisch, d.h. nationalsozialistisch, gibt sich die Achimer Skinhead-Musikgruppe "Aussetzer" in einem Interview mit der Skinzine-Beilage "Blitzkrieg" der neofaschistischen Zeitschrift "Zentralorgan" (Nr. 5/1999).

Die Interviewer von "Blitzkrieg" konstatieren eine zunehmende Politisierung der Skinheadszene, die sich in den Netzwerken "Hammerskins" und "Blood & Honour" gut organisiert habe.

Dem Wahlspruch dieser Zusammenschlüsse - "Wir müssen die Existenz unserer Rasse schützen, und eine Zukunft für weiße Kinder schaffen!" - stimmen die Aussetzer entsprechend zu, fordern jedoch mehr politische "Aktionen".
Die beste Plattform für einen Skinhead seien die "Freien Nationalisten" um den Hamburger Christian Worch, wohingegen man den radikalen Kurs der NPD für aufgesetzt hält. Gleichfalls liebevoll äußert man sich über weibliche Kumpane: "Die meisten Skingirls sind einfach nur dumme, dickärschige, häßliche Schlampen!"

Am Hitler-Gruß hindern die Aussetzer nur die "herrschenden Gesetze", aufgrund derer "persönliche Zukunftswünsche ... nicht offen ausgesprochen werden dürfen."

Am erfreulichsten an dem Interview ist der Hinweis, daß sich derartige Gruppen durch die Verweigerung von Übungsräumen in Schwierigkeiten bringen lassen.

Thomas (AG Neofaschismus)

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Unsere Internetadresse:
http://www.vvn-bda.de/bremen
Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62 (Willy Hundertmark) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich jeden 4. Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich!

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 10. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Gröpelinger Friedensgespräch

Sonntag, 9. Mai 1999 um 11.00 Uhr im Nachbarschaftshaus Ohlenhof.
Politischer Frühschoppen für die sofortige Beendigung der NATO-Bombardierungen in Jugoslawien.

Programm (vorläufig):
11.00 - 13.00 Uhr Politische Talkrunde unter dem Titel "Nie wieder Krieg - geht das?", mit Konrad Kunick (SPD-MdB), Manfred Osthaus (Vorsitzender der Stiftung Rüstungskonversion), Arendt Hindriksen (Bündnis 90/Grüne),
Dr. Ernst Uhl (Ehrenbürger von Lidice)
(alle bisher nur angefragt)

14.00 - 15.30 Uhr Öffentliche Chorprobe des Bremer Solidaritätschors unter Leitung von Can Tufan
17.00 - 18.00 Uhr Hiphop - Gruppe Mutlu aus Bremen-Nord

Veranstalter ist das Gröpelinger Bünd[nis] gegen Rechts.

Vortrag von Hans-Rüdiger Minow

Der Journalist Hans-Rüdiger Minow, Referent am Antikriegstag 1996 über die Machenschaften des "Verein für das Deutschtum im Ausland" und Autor des Buches "Von Krieg zu Krieg - Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas", kommt Anfang Mai ins Bremer Gewerkschaftshaus und spricht über den Krieg gegen Jugoslawien.

Da zum Zeitpunkt der Drucklegung n[och] nicht bekannt war, wann der Vortrag stattfinden soll, bitten wir, den genauen Termin der Tagespresse zu entnehmen!

Geburtstage im Mai 1999

Annie Meier	02.05.,	84 J.
Werner Scholz	02.05.,	51 J.
Margret Piosek	15.05.,	73 J.
Alois Engel	17.05.,	80 J.
Otto-Klaus Hübotter	17.05.,	69 J.
Peter Reichel	20.05.,	62 J.
Lore Kübler	23.05.,	63 J.
Herbert Breidbach	24.05.,	78 J.
Heinz Brüning	25.05.,	68 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden